77. Jahrgang. Nr. 230 — Mittwoch, 17. Mai 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 3.20 (einschließl. 70 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Anzeigenpreise: 30 mm breite Grundzeile 36 Pfg., auswärts 40 Pfg. Krisenabschlag u. Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Off.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Die Eröffnung des Sächsischen Landtags

Programmatische Erklärungen des Reichsstatthalters und der Regierung

Neuer Anfang

Großer Tag im Landtag! In der vormärzlichen, der Weimarer Zeit, lag an solchen Tagen eine gewisse Spannung über dem Saal und den Tribünen, etwa wie über einer Sportarena, in der Entscheidungskämpfe ausgetragen werden. Und das Interesse gipfelte in der Frage, ob es bei hitzigen Wortgefechten bleiben würde oder ob es zu einer Keilerei der Abgeordneten käme. Entscheidungen von Bedeutung, die für das Land von Wert wären, von dieser Tenne des politischen Strohdrusches zu erwarten, hatte man längst aufgegeben.

Heute dagegen ist es wirklich die Stimmung des großen Tages, die über dem Hause liegt, eine feierliche Stimmung, getragen von dem Bewußtsein, daß der Staatsakt der Landtagseröffnung am 16. Mai 1933 als denkwürdig in der sächsischen Geschichte verzeichnet bleiben wird. Ein neues Kapitel, mit neuer Ueberschrift, auf einer neuen Seite wird aufgeschlagen. Der Volksvertretung, die sich zum erstenmal seit der nationalen Umwälzung hier versammelt, ist eine andere Rolle beschieden, eine bescheidenere nach außen hin, aber eine verantwortlichere im Hinblick auf die Aufgabe des Mitratens und der Mitwirkung beim Neuaufbau des sächsischen Staatswesens.

Der Umschwung kommt augenfällig schon im äußeren Bilde des Sitzungssaales zum Ausdruck. Die Wände und Tribünen sind reich mit den Fahnen und Symbolen der nationalen Revolution und mit den sächsischen Landesfarben ausgeschlagen; die Rednertribüne ist mit reichem Blumenschmuck bedeckt, hinter dem Präsidentensitz stehen zwei Standartenträger, und die Wände des Saales umrahmen im Halbkreis SA.-Abteilungen mit ihren Fahnen. Ein festliches Bild voll Kraft und Würde. Die Zuhörertribünen sind dicht gefüllt, aber nicht mit dem sonst von den marxistischen Parteien dort postierten Radaupublikum. Am auffälligsten spiegelt sich der politische Umschwung in der Zusammensetzung der neuen Volksvertretung wider. Da klafft auf der Linken ein großer leerer Raum, der den Zusammenbruch des Marxismus im ehemals „roten Sachsen" versinnbildlicht. Die Kommunisten sind vollständig verschwunden; ihre Größen von einst, der worigewaltige Renner, der schlagfertige Sindermann und Genossen sind durch die Schutzhaft technisch verhindert. Sie werden nicht mehr bei jedem Punkt der Tagesordnung stundenlang ihre moskowitischen Phrasen durch den Saal rollen lassen. Und man hört keine schrillen Zwischenrufe aufgeregter Kommunistinnen mehr. Diese Schande war einmal und kommt nicht wieder. Aber auch der durch die Gleichschaltung arg zusammengeschrumpfte Haufen der Sozialdemokratie hat es für richtig erachtet, bei diesem Anlaß, der einer Feier der nationalen Revolution gleichkommt, gar nicht in Erscheinung zu treten. Die Führergarnitur der großen Hetzer Edel, Weckel und Böchel zieht es vor, vom Ausland aus an diesem denkwürdigen Tage der Stätte ihres unrühmlichen Wirkens zu gedenken, und der Rest hätte nicht mehr, wie einst, als Beherrscher der parlamentarischen Szene, sondern höchstens als Statistenvolk auftreten können. Aber man hat diesen Rahmen nicht vermißt.

Ein anderer Unterschied zwischen gestern und heute: die bürgerliche Mitte ist verschwunden, aufgerieben in dem fruchtlosen Bemühen, ausgleichende Waage zu sein zwischen zwei Weltanschauungen, in deren Ringen es keine Vermittlung geben konnte, sondern nur Sieg oder Niederlage. Auf den früheren Plätzen der Sozialdemokraten sitzen verloren einzelne Abgeordnete der Mittelparteien als Ueberbleibsel einer vergangenen Zeit. Nur die deutschnationale Front steht noch, zum größten Teil in Stahlhelmuniform, aber auch sie ist stark nach links gerückt; denn die Sektoren der Rechten und der Mitte nimmt der Block der Braunhemden allein für sich in Anspruch, der nun mit seiner Uebermacht das Feld beherrscht, ohne zu einer Koalition alter Art gezwungen zu sein. Im Landtag von 1928 waren die Nationalsozialisten noch ein Splitter, zwei Mann, ganz hinten in der Ecke, von den andern nicht ernst genommen; im Landtag von 1930 war es ein Trupp, der an Zahl weit hinter der Größe der Bewegung zurückblieb und hier als Hecht im Karpfenteich wirkte. Heute bestimmt die Bewegung souverän das sächsische Schicksal. In welchem Sinn, das soll die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von Killinger verkünden.

*

Der erste Teil der Tagesordnung, die Eröffnung und die Wahl des Präsidiums, läuft ab wie ein gut funktionierendes Uhrwerk. Keine Stichwahlen sind mehr nötig, keine Taktik und kein Kuhhandel der Parteien. Vorschlag, Wahl, Annahme, das geht so schnell, wie man es spricht. Dann hält nach einer kurzen Pause der Reichsstatthalter mit der Regierung seinen Einzug, vom Landtag und vom Publikum mit erhobenen Händen begrüßt. In kurzen Worten umreißt Reichsstatthalter Mutschmann seine Aufgabe als Stellvertreter des Reichskanzlers in Sachsen und stellt dem Landtag seine Aufgabe im neuen Staat.

Die vom Ministerpräsidenten v. Killinger hierauf verlesene Regierungserklärung gibt ein umfassendes Bild der Lage in Sachsen und die Grundzüge des Programms, mit dem die nationalsozialistische Regierung über alle Schwierigkeiten hinweg ihre Aufgabe meistern will. Die feste Grundlage, von der aus sie mit größerer Machtvollkommenheit als alle früheren Regierungen ans Werk gehen kann, ist der vollständige Sieg des Nationalsozialismus über den Marxismus. Der neue Ministerpräsident stellt sich mit Bewußtsein auf dieses Fundament und droht den im stillen arbeitenden Gegnern mit unbarmherziger Verfolgung mit allen Machtmitteln des Staates. Zum erstenmal erhebt er in diesem Zusammenhang auch gegen die abgetretene Regierung Vorwürfe, weil sie sich in der Einschätzung und Bekämpfung der marxistischen Gefahr nicht fest erwiesen habe. Aber nicht nur äußerlich, auch innerlich soll die marxistische Idee überwunden werden durch ein ausgebautes politisches Erziehungssystem, das den einzelnen in die Volksgemeinschaft einordnet, ihm hier seinen Platz und seine Pflichten gibt. Die Regierungserklärung zieht aus diesem beherrschenden Grundsatz die Folgerungen für alle Gebiete der staatlichen Betätigung, in der Schul-, Kunst- und Rechtspflege. Ein besonders breiter Abschnitt ist dann den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewidmet. Ebenso wie schon der Reichskommissar, zeigt auch der Ministerpräsident v. Killinger ein ausgeprägtes Verständnis für die Bedürfnisse der besonders empfindlichen sächsischen Exportindustrie und für die Notwendigkeit, ihr durch Ermutigung der schöpferischen Privatinitiative freien Spielraum zu gewähren. Mit besonderem Nachdruck klang die Drohung der Strafverfolgung gegen alle Eingriffe, die in Zukunft von nicht befugten Stellen in Wirtschaft und Verwaltung vorgenommen würden. Vielleicht hat die gleichgeschaltete Regierung auch mehr Glück bei ihren angekündigten Bemühungen, für Sachsen im Hinblick auf seine besondere Notlage bevorzugt Reichsaufträge hereinzuholen.

Die Uebersicht über die Finanzlage des Landes zeigt kein erfreuliches Bild. Der neue Etat schließt mit einem geringen Fehlbetrag von 4 Millionen ab unter der Voraussetzung, daß die Zinsen auf die sächsische Restforderung für die Eisenbahnabfindung vom Reiche eingehen. Die Regierung verhehlt sich auch nicht, daß mit weiteren Sparmaßnahmen keine großen Lücken mehr geschlossen werden können, und sie ist sich bewußt, daß sie weder den Beamten noch den Steuerzahlern neue Opfer abverlangen darf, wenn es mit der Wirtschaft aufwärtsgehen soll. Auf diesem Gebiete muß also dem Reich die Initiative zur rettenden Tat überlassen bleiben. Die Landesregierung wird das ihrige tun, um in Berlin Anregungen zu geben und die besonderen sächsischen Belange zur Geltung zu bringen.

Stark betont ist die soziale Note der Regierungserklärung. Im sozialpolitischen Teil finden sich scharfe Worte der Mahnung auch an die Arbeitgeber. Aus ihnen klingt das Bewußtsein der Regierung, daß sie das Recht zur völligen Ausschaltung des Marxismus in diesem Land nur aus ihrem festen Willen herleiten darf, den wirtschaftlich schwachen Schichten der Arbeitnehmer den gleichberechtigten Platz in der Volksgemeinschaft auch wirklich zu geben. Die Sozialdemokratie soll als Vertreterin der Arbeiterinteressen überflüssig gemacht werden, dann wird sie im Lande draußen ebenso entbehrlich sein wie hier im Parlament.

Zum Schluß findet der Ministerpräsident noch Worte warmer Anerkennung für die Polizei und macht damit viel Unrecht wieder gut, das ihr gerade von der Landtagstribüne aus widerfahren ist. Ihrem Schutz ist der glatte Verlauf der nationalen Revolution zu danken, auf ihre Treue, ebenso wie auf die Ergebenheit des Beamtentums und die freudige Mitwirkung des ganzen Volkes baut sich der neue sächsische Staat auf. Der Anfang war gut. Möge auch die Vollendung den Erwartungen entsprechen, mit denen die Regierung ans Werk geht.

Der Reichsstatthalter: „Jedem das Seine!"

Dresden, 16. Mai. Reichsstatthalter Gauleiter Mutschmann, dessen Rede wir bereits in einem Teil der Auflage gekürzt mitgeteilt haben, gab vor dem Sächsischen Landtag folgende Erklärung ab:

Deutsche Volksgenossen!

Durch das Vertrauen meines Führers bin ich vom Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Statthalter in Sachsen ernannt worden. Ich bin mir der schweren Aufgabe in dieser Zeit vollauf bewußt; aber ich danke dem Schicksal, daß es mir gerade in dieser großen historischen Zeit vergönnt ist, als erster Beamter in Sachsen dem Staate zu dienen.

Ich habe das Amt übernommen im Vertrauen auf unsere Bewegung und im Vertrauen auf Gott, der mir die Kraft verleihen möge, mein Amt zum Segen unseres geliebten Sachsenlandes und unseres Vaterlandes so zu führen, daß es für das Volk zum Segen ist.

Mein Leitsatz soll sein: Gegen jedermann Gerechtigkeit, jedem das Seine.

Die Statthalter in den Ländern haben die erste Aufgabe darin zu erledigen, daß sie die einheitliche politische Richtlinie im Reich garantieren. Ich fühle mich als der sichere Garant der nationalsozialistischen Politik.

In Zukunft wird nur einer die Politik machen im Reiche, das ist unser Führer.

Im Ringen um die Macht hat der Allmächtige unseren Kampf gesegnet. Durch den Sieg der Wahrheit über die Lüge ist die nationalsozialistische Weltanschauung zum Zuge gekommen. Wir machen deshalb von nun an nur noch nationalsozialistische Politik und übernehmen auch für alles die volle Verantwortung.

Wenn wir in diesem Ringen um die Weltanschauung Sieger geblieben sind, so nur deshalb, weil wir das Beste für das Volk wollten.

Wir sehen heute im Reiche und in den Ländern, daß es sehr nötig war nach der Umschaltung, auch wirklich eine Umschaltung des Geistes vorzunehmen. Denn nur dort, wo ein einheitlicher Rhythmus vorhanden ist, besteht die Garantie, wirklich vorwärts treiben zu können. Sie, meine Herren Abgeordneten, wollen Ihr Amt, das Ihnen durch die Gleichschaltung übertragen worden ist, so auffassen, wie wir es auffassen: als die wirklichen Volksvertreter. Die Epoche der letzten 15 Jahre, die Epoche der Korruption und des Betruges war nur möglich, weil die Volksvertreter nicht dem Volke gedient, sondern sich im Auge hatten. Sie waren keine Volksvertreter, sondern Volksbetrüger.

Wir werden dafür sorgen, daß eine neue Zeit anbricht.

Sie müssen vor allen Dingen erkennen, welche Aufgabe Ihnen jetzt bevorsteht. Wir betrachten Sie als den Zwischenstaat zur Regierung. Sie müssen im Volke leben, Sie müssen vom Volke aus die Verbindung zur Regierung haben, Sie müssen die Nöte des Volkes genau abschätzen und abwägen. Ihre Pflicht ist es, langsam aus diesem Parlamentarismus hineinzuarbeiten und hineinzuleben in das berufsständische Parlament, in die berufsständische Wirtschaft. Gelingt uns das und hat jeder den Willen, in diesem Geiste für das Vaterland zu arbeiten, dann sehe ich die Zeit nicht mehr ferne, wo wieder der Aufstieg möglich ist. Ihr Leitsatz muß sein:

Der deutschen Arbeit wollen wir den Weg zur Freiheit bahnen.

(Wortlaut siehe nächste Seite)

Abg. Dönicke, der neue Präsident des Landtags